EURO HEAT& POWER

WÄRME I KÄLTE I KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG



Plattform für die Plattform

Viele Fernwärmeversorgungsunternehmen arbeiten daran, ihre Fernwärme zu dekarbonisieren. Grün soll sie wer-



den, die Fernwärme. Viele Kommunen sind auf der Suche nach Lösungen für die Wärmewende vor Ort -Lösungen wie die grüne Fernwärme. Nur fehlt hier häufig das Wissen. Genau hier setzt die Plattform Grüne Fernwärme an. Mit ihr will der AGFW Kommunen, Stadtwerke, Fach-

planer und Dienstleister miteinander vernetzen, um die Wärmewende voranzubringen. Die EUROHEAT&POWER unterstützt die Plattform kommunikativ, indem sie ihr eine Plattform bietet. Seit Ende 2021 finden Sie in jeder Ausgabe Seiten mit Wissenswertem von der Plattform Grüne Fernwärme. Diese haben wir im Folgenden für Sie zusammengestellt und ein wenig ergänzt, um Sie über die Plattform Grüne Fernwärme und ihre Aktivitäten zu informieren.

Silke Laufkötter

Chefredakteurin der EUROHEAT&POWER

Grüne Fernwärme: Von der Nischenlösung zur Schlüsseltechnologie der Wärmewende

Fernwärme nimmt im bundesdeutschen Wärmemix derzeit (noch) eine untergeordnete Rolle ein und ist damit eher eine "Nischenlösung". Dies könnte sich jedoch schon bald ändern. Aufgrund der regionalen Passgenauigkeit – vor allem in urbanen Zentren - verzeichnet das scheinbare "Nischenprodukt" seit Jahrzehnten große Erfolge. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben die Notwendigkeit



eines Fuelswitches in Deutschland rapide beschleunigt. Die Folge: Auch kleine und mittlere Kommunen setzen auf grüne Fernwärme aus klimaneutralen Energien. Und das zurecht: Durch die Bereitstellung zentraler Netzstrukturen von Strom über Gas bis zu konkreten Wärmelieferungen werden die Lösungsfähigkeiten und Handlungsoptionen von Kommunen deutlich verbessert. Doch wie die Notwendigkeit der Kommunen – oft ohne eigene Stadtwerke – zur Tugend machen? Welchen Weg gehen und vor allem wie mit Expert*innen in Kontakt kommen, die der Kommune Orientierung geben können?

Einerseits stellt die Politik bereits die ersten Weichen für einen massiven Ausbau der Fernwärme durch Angleichung der Fördermechanismen. Hierzu wird nun auch die langersehnte Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) im September in Kraft gesetzt. Diese richtet sich jedoch zunächst an Fernwärmeversorger, ein konkretes Angebot an Kommunen ist dies unmittelbar nicht. Für Kommunen gibt es beispielhaft das KfW-Programm 432. Ob dies aber im konkreten Fall nutzbar und sinnvoll ist, ergibt sich allein daraus nicht.

Genau aus diesem Grund wurde 2021 die Plattform Grüne Fernwärme gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Kompass von Kommunen auf die kommunale Wärmeplanung und vor allem lokale Wärmenetze auszurichten. Hierbei soll neben der Darstellung von klaren Lösungsoptionen vor allem der Austausch unter Gleichgesinnten gefördert werden. Gemeinsam soll die Reise unter dem Motto "Wille, Wege, Wärmenetze" gestartet und die lokale Wärmewende direkt gestaltet werden. Ein Austausch auf Augenhöhe ist dabei unser zentrales Element.

Die Fernwärme kommt damit raus aus der "Nische" und rein in die Kommunen, in denen sie langfristig eine wichtige Säule bei der dringend notwendigen Wärmewende darstellt. Machen Sie mit und seien Sie dabei: www.gruene-fernwaerme.de.

Stefan Ertle

EnBW Energie Baden-Württemberg AG und Vorsitzender des Projektkreises 1 im Expertenkreis Stadtentwicklung des AGFW





"Wärmewende nicht nur schreiben, sondern machen"

Drei Fragen an Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW und Initiator der Plattform:

Frage: Der AGFW hat im Juli 2021 die Plattform Grüne Fernwärme ins Leben gerufen. Wie kam es zur Gründung?

Rapp: Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes vom 18. August 2021 die nationalen Klimaschutzziele verschärft, so dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral sein soll. Eckpunkte zu 2030 und 2040 wurden hierzu definiert. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 wurden die Eckpunkte zur Erreichung der Klimaziele beschrieben.

Der AGFW hat bereits früh mit seinen konzeptionellen Studien, "Die 70/70 Strategie - Konzept und Ergebnisse" (2015), die "40/40 Strategie - Unser Konzept für die Wärmewende" (2017) und der "Perspektive der Fernwärme - Maßnahmenpaket 2030" (2020), Strategien und Lösungsvorschläge – auch für die Gemeinden - zur Wärmewende erarbeitet. Zentrales Ergebnis war: Wenn 40 % aller bundesdeutschen Gemeinden bis 2050 40% ihres Nutzwärmebedarfs mit leitungsgebundenen Wärmenetzen auf Basis regenerativer Energien bereitstellen, können die Zielvorgaben der nationalen Klimaschutzziele erreicht werden. Hierzu werden, so unsere Analyse, mindestens 100 neue Mittel- und Kleinstädte mit grünen Wärmenetzen benötigt.

Allerdings sind mit Studien noch keine neuen Wärmenetze in den Gemeinden initiiert worden. Dazu braucht es mehr. Und hier erarbeitete der AGFW-Expertenkreis "Stadtentwicklung" mit seinem "Projektkreis 1" die Plattform "Grüne Fernwärme" mit konkreten Inhalten aus: frei nach dem Motto "Wärmewende nicht nur schreiben, sondern machen". Dies bedeutet konkrete Hilfestellungen für die Gemeinden vor Ort und unter-

scheidet uns von den vielen Initiativen auf diesem Gebiet.

Frage: Was ist "grüne Fernwärme"?

Rapp: Grüne Fernwärme beschreibt den Weg zur Reduktion der CO₂-Emissionen hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung und der damit verbundenen Einbindung erneuerbarer Energien und der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung. Die grüne Fernwärme wird daher an den Zielvorgaben des Klimaschutzgesetzes (KSG) definiert (siehe Bild).

Frage: Warum die Gemeinden als Zielgruppe der Plattform?

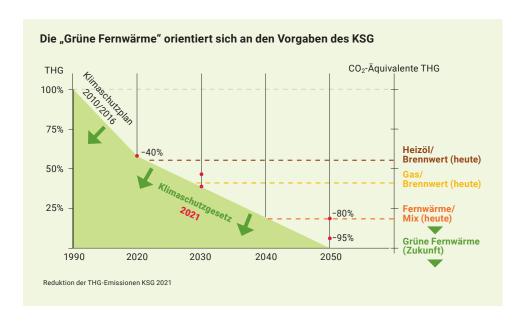
Rapp: Die Gemeinden mit ihren Gremien und der Verwaltung sind der Schlüssel zur Initiierung neuer Wärmenetze. Dort werden die ersten Entscheidungen zur informellen und verbindlichen Planung auf Gemeindeebene getroffen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zum Klimaschutz vom 24. März 2021 (siehe S. 19) wird nach unserer Meinung den Druck auf die Gemeinden weiter erhöhen, bei der Wärmewende noch aktiver zu werden. Die konsequente Anwendung der Möglichkeiten des Baugesetzbuchs (BauGB) und die unbestrittenen Vorteile einer "grü-

nen Fernwärme" helfen hierbei bereits heute den Gemeinden, den notwendigen Abwägungsprozess zur CO₂-Reduzierung, wie im Urteil des BVG beschrieben, als Daseinsvorsorge anzugehen. Die Initiativen auf Bundes- und Landesebene zur



Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung als verpflichtendes informelles Planungsinstrument tun ihr Übriges. Einzelne Bundesländer haben bereits heute landesverbindliche Klimaschutzgesetze, in denen konkrete Vorgaben, z. B. die teilweise verpflichtende Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Gemeinden, verankert.



Plattform gibt Kommunen konkrete Hilfestellungen

Warum gibt es die Plattform Grüne Fernwärme? Was ist ihr Ziel? Und wie funktioniert die Plattform? Diese Fragen beantwortete auf dem 26. Dresdner Fernwärme-Kolloquium Stefan Ertle von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in seiner Funktion als Vorsitzender des Projektkreises 1 im Expertenkreis Stadtentwicklung des AGFW.

Ertle erläuterte, dass angesichts dessen, dass allein 50 % des Energiebedarfs Deutschlands auf die Wärme entfallen, die Wärmewende ein wesentlicher Baustein der Energiewende sei. Dabei benötigen Raumwärme und Warmwasserbereitstellung ein Drittel des Wärmeenergiebedarfs. Einen überproportionalen Anteil an Wohngebäuden haben vor allem Kleinstädte.

In den verschiedenen AGFW-Studien aus den letzten Jahren werden die Vorteile der kommunalen Wärmewende aus unterschiedlichen Gesichtspunkten bewertet. Während in den Großstädten bereits viel erreicht wurde, ist in den Mittelund Kleinstädten noch viel Potenzial für die Fernwärme. Um dieses zu heben, benötigen die Kommunen konkrete Hilfestellungen, die die Plattform Grüne Fernwärme ihnen geben will. Sie will Umsetzungsstrukturen für die Klimaneutralität mit Fernwärme schaffen. Die Vision ist. 40 % des Nutzwärmebedarfs in

40 % aller Kommunen bis 2050 mit grüner Fernwärme bereitzustellen.

Zielgruppe sind kommunale Entscheidungsträger, die mit Best-Practice-Beispielen und Informationsveranstaltungen inspiriert und motiviert werden sollen. Technische, wirtschaftliche und rechtliche Bewertungen geben dabei Orientierung. Beratungsangebote und regionale Netzwerke unterstützen im Fernwärmeneu- und -ausbau zur Gestaltung der Wärmewende.

Mit dem Aufbau von regionalen Netzwerken soll der Ausbau von Wärmenetzen als Abnehmer grüner Wärme etabliert werden. Mit einem ersten regionalen Netzwerktreffen, wie es bereits im sächsischen Stollberg stattgefunden hat, sollen Impulse gesetzt werden. Bei den zweiten regionalen Netzwerktreffen geht es dann um konkrete Vorhaben. In einem dritten Schritt findet eine Initialberatung vor Ort statt.

Zudem steht den Teilnehmern eine Online-Toolbox zur Verfügung. Diese enthält AGFW-Regelwerke, Leitfäden wie den Abwärmeleitfaden und ein Online-Tool, mit dem sich die regionale Wertschöpfung berechnen lässt. Darüber hinaus gibt es Unterstützung in der Kommunikation.

Derzeit gibt es bereits sieben Netzwerke in sechs Bundesländern. Lokale Ansprechpartner überneh-



Stefan Ertle präsentierte auf dem Dresdner Fernwärme-Kolloguium die Plattform Grüne Fernwärme

Quelle: Christian Laufkötter

men die Patenschaft für ein Netzwerk und bieten vor allem kleineren Kommunen eine konkrete Orientierungshilfe vor Ort an. Ziel ist es, jährlich eine Kommune je Netzwerk auf dem Weg zur dekarbonisierten Fernwärme zu begleiten.

Die Plattform Grüne Fernwärme ist offen für weitere Mitstreiter. Interessierte, die an der Plattform mitwirken oder ihr Modellprojekt vor Ort starten möchten, können sich über ein Kontaktformular auf der Plattform melden. Sila





"Kommunen Orientierung geben" – Unser Vorgehen

Die Plattform Grüne Fernwärme des AGFW orientiert sich an den Bedürfnissen und Herausforderungen, vor denen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur kommunalen Wärmewende stehen. Die Mischung aus Präsenzveranstaltungen und dem Erfahrungsaustausch vor Ort sowie dem Online-Portal www.gruene-fernwaerme.de mit vertiefenden Informationen zu Netzwerken und Praxisbeispielen kam im ersten Jahr seit Bestehen der Plattform bereits sehr gut bei den Teilnehmern an. Mit dem Werkzeugkasten aus Leitfäden, Regelwerken, Online-Berechnungstools und begleitender Pressearbeit steht der AGFW den Kommunen mit seiner Plattform unterstützend zur Seite.

www.gruene-fernwaerme.de

Regionale Netzwerke und initiale Beratung





Von Experten aus der Praxis lernen: Die Patinnen und Paten

Kern der Plattform Grüne Fernwärme sind die Patinnen und Paten. Sie geben ihr Expertenwissen aus der Umsetzung grüner Wärmenetze an die interessierten kommunalen Entscheidungsträger aus ihren Regionen weiter. Dabei spielen die jeweiligen lokalen Gegebenheiten eine wichtige Rolle, beispielsweise bei der Auswahl geeigneter Energieträger oder der innovativen Technologien, die zum Einsatz kommen sollen. Aber auch beim organisatorischen und strukturellen Aufbau der Fernwärmeprojekte, bis hin zu gemeinsamen Projekten und Umsetzungen stehen die Paten mit Rat und Tat den Gemeinden zur Verfügung.

Innerhalb der Plattform tauschen sich die Patinnen und Paten mit ihren Erfahrungen aus. So können erfolgreiche Umsetzungen auch in die anderen Netzwerksregionen übertragen werden.

Die Patinnen und Paten geben ihre Erfahrungen im Rahmen des Netzwerks weiter und unterstützen die Kommunen bei ihren Schritten zur Nutzung grüner Fernwärme. Sie sind unser Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung. www.gruene-fernwaerme.de



Erstes Netzwerk startet im sächsischen Stollberg

Kommunen in ganz Deutschland stehen vor der Herausforderung, ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten. Unterstützung hierbei können sie in der "Plattform Grüne Fernwärme" des AGFW finden. Deren westsächsisches Netzwerk ist jetzt in der Großen Kreisstadt Stollberg offiziell gestartet.

"Wir stehen als Kommune selbst vor wichtigen Entscheidungen für unsere Wärmeversorgung", erklärte Stollbergs Oberbürgermeister Marcel Schmidt. "Wir werden die bestehenden Wärmenetze erweitern und auch neue Netze zur Versorgung unserer Wohnquartiere errichten. Erneuerbare Energien spielen dabei eine immer wichtigere Rolle, weil wir nur so die Klimaziele von EU, Bundesregierung und Freistaat erreichen können. Im Rahmen der Planungen haben wir viel Know-how gesammelt und geben dieses nun gerne an interessierte Kommunen in der Region weiter. Denn eines ist klar – die Wärmewende muss vor Ort in den Kommunen gelingen. Wir



Freuen sich über den Start des westsächsischen Netzwerks (v. l.): Dr. Tilman Werner, Geschäftsführer Sächsische Energieagentur – Saena, Michael Köppl, Rechtsanwalt und Ministerialrat a. D., Marcel Schmidt, Oberbürgermeister Stollberg/Erzgebirde sowie Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW

Quelle: AGFW

stellen uns in Stollberg dieser Herausforderung."

Als Netzwerkpate steht Schmidt mit seinen Mitarbeitern bereit, wenn sich Umlandkommunen ebenfalls für Fernwärme aus erneuerbaren Energien interessieren. "Wichtig war für uns der Ansatz, dass nicht jede Stadt alle Überlegungen und Planungen neu anstellen muss. Das, was wir bisher an Wissen erworben haben, geben wir gerne weiter, damit die Wärmewende überall gelingt."

Orientierung für Kommunen

Damit beschreibe Schmidt genau den Kerngedanken der neuen Plattform, so Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW: "Mit der Plattform Grüne Fernwärme wollen wir Kommunen eine fachliche Orientierung bieten, die sich für Fernwärme und Wärmenetze interessieren. Sie brauchen oft zu Beginn die meiste Unterstützung. Von der ersten Idee über die Planungsphase bis hin zum Beschluss durch das Gemeindeparlament begleiten wir die Entscheidungsträger deshalb auf ihrem Weg zur CO2-Einsparung in der kommunalen Wärmeversorgung."

Über die Website, Informationsmaterialien, regionale Netzwerktreffen und die Begleitung durch Fachplaner können die kommunalen Ansprechpartner qualifiziert werden, um die Wärmewende vor Ort zu gestalten. Die Idee komme gut an, wie Rapp berichtet. "Wir starten derzeit weitere Netzwerke in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Das große Interesse seitens der Kommunen zeigt uns, dass wir hier ein wichtiges Thema adressieren. Zugleich ist es schön. dass Städte und Stadtwerke bereit sind, ihr bereits erworbenes Wissen

mit den regionalen Partnern zu teilen. Dieser Know-how-Transfer wird die Wärmewende insgesamt deutlich voranbringen."

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Dass dieser "Turn" nötig ist und für die Kommunen Handlungsbedarf besteht, verdeutlichte im Rahmen der Veranstaltung Rechtsanwalt Michael Köppl, der jahrelang im sächsischen Innenministerium für den Bereich Stadtentwicklung tätig war. "Man hat viel von den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz gehört. Die überraschend weitgreifende Entscheidung besagt im Kern, dass bereits heute darauf geachtet werden muss, dass nicht künftige Generationen durch Schädigungen der Umwelt, vor allem durch die CO₂-Belastung, erheblich beeinträchtigt werden. Bereits heute müssen nachhaltig wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern oder zumindest zu kompensieren. Dies kann von jedem einzelnen auch eingeklagt werden."

Zwar wirke es zunächst abstrakt, da es um Zielvorgaben durch den Bundesgesetzgeber gehe, so Köppl. Kaum eine Gemeinde sei sich indes bewusst, dass diese Entscheidung bereits jetzt Folgen für ihr tägliches Handeln haben kann. "Es betrifft insbesondere die Bauleitplanung. Den Kommunen ist wohl eher nicht klar, dass hier eine intensive Auseinandersetzung auch mit der Treibhausgasthematik gefordert ist. In unserer Veranstaltung wollen wir das Augenmerk deshalb genau hierauf richten. Und dies, bevor die ersten Klagen gegen einen kommunalen Bebauungsplan eingereicht werden."



Netzwerkpate Alexander Sauer im Gespräch

Netzwerken ist ein zentrales Mittel der Plattform Grüne Fernwärme. Mit Netzwerken sollen Kommunen dabei unterstützt werden, mit grüner Fernwärme die Wärmewende zu gestalten. Eines der regionalen Netzwerke befindet sich in Hessen. Ansprechpartner dafür ist Alexander Sauer von den Stadtwerken Marburg, mit dem die Redaktion der EUROHEAT&POWER über sein Engagement für die Plattform Grüne Fernwärme sprach.

EHP: Sie haben die Patenschaft für ein Netzwerk der Plattform Grüne Fernwärme übernommen. Was ist Ihre Aufgabe als Pate?

Sauer: Als Pate bin ich regionaler Ansprechpartner für die Zielgruppen der Plattform, z.B. Kommunen oder Stadtwerke, und stelle mit Hilfe des AGFW die Verbindung zu Planern und Beratern her.

EHP: Warum haben Sie die Patenschaft übernommen?

Sauer: Gerade unter den regional agierenden Stadtwerken gibt es bereits viele Themen, bei denen man eine große Unterstützung untereinander erfährt. Gerne unterstütze ich diesen Informationsaustausch auf regionaler aber auch überregionaler Ebene. Hinzu kommen nun auch vermehrt Kommunen, die aufgrund der in der breiten Bevölkerungsschicht diskutierten CO₂-Politik Unterstützung bei der Erstellung eines Klimafahrplans oder bei der Aufstellung einer Wärmestrategie benötigen.

EHP: Am 28. Januar soll in Marburg die Auftaktveranstaltung des Netzwerks

Hessen stattfinden. Was erwartet die Teilnehmer?

Sauer: Für die Veranstaltung wurden überwiegend kommunale Entscheidungsträger eingeladen. Diese erwartet vor allem die Vorstellung der Plattform Grüne Fernwärme und der Vorteil ihrer Vernetzungsfähigkeit. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmenden erste Einblicke in die kommunale Wärmewende auch anhand von Praxisbeispielen. EHP: Was erwarten Sie von der Veranstaltung?

Sauer: Von der Auftaktveranstaltung erwarte ich persönlich erst einmal einen Informationsaustausch zu den aktuellen Möglichkeiten im Bereich der kommunalen Wärmewende und das damit verbundene Wecken des Interesses bei den anwesenden Kommunalvertretern

EHP: Inwiefern können die Stadtwerke Marburg Kommunen, die auf grüne Fernwärme setzen möchten, eine konkrete Orientierungshilfe geben?

Sauer: Die Stadtwerke Marburg unterstützen seit vielen Jahren einige Umlandkommunen mit der Errichtung und dem Betrieb von Fernwärmenetzen. Über die Plattform Grüne Fernwärme kann und wird der Informationsaustausch weiter vorangetrieben, und dies auch überregional. EHP: Was machen die Stadtwerke hinsichtlich grüner Fernwärme?

Sauer: Eine große Herausforderung hierbei sind vor allem die notwendigen Anpassungen der Bestandsnetze, damit diese auch zukünftig für



Alexander Sauer von den Stadtwerken Marburg ist Pate im Netzwerk Hessen Quelle: Stadtwerke Marburg

Neubauten interessant und anschlussfähig sind. Hier müssen die Stadtwerke natürlich die aktuellen Förderrichtlinien im Auge behalten, die Netze auf diese abgestimmt ertüchtigen und den Anteil erneuerbarer Energien weiter ausbauen. Zudem konnten die Stadtwerke Marburg die Universitätsstadt Marburg beim Aufstellen eines Klimaaktionsplans unterstützen und sind daran beteiligt, die hieraus entwickelten Maßnahmen mit umzusetzen. Ein großer Baustein ist hier u. a. die Verbesserung des innerstädtischen Fernwärmenetzes durch den Einsatz von hocheffizienter KWK und die Sanierung der alten Leitungstrassen sowie die Verdichtung des Netzes, um innerstädtische Einzelwärmeanlagen zu ersetzen.

EHP: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Sauer.



Start des Netzwerks Baden-Württemberg

Das baden-württembergische Netzwerk der "Plattform Grüne Fernwärme" ist Anfang Februar mit einer Auftaktveranstaltung in Ludwigsburg gestartet. Städte und Gemeinden aus der Region waren eingeladen, sich darüber zu informieren, wie der Weg zur kommunalen Wärmewende mit verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestaltet werden kann. AGFW und regionale Netzwerkpaten stellen dafür Know-how und Erfahrungswerte zur Verfügung.

"Viele Kommunen haben es bereits erkannt: Die Zeit zu handeln, ist jetzt", so Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung beim AGFW und Leiter der Plattform Grüne Fernwärme. "Um die ambitionierten Klimaziele der EU und der Bundesregierung zu erreichen, muss die kommunale Wärmewende gelingen. Mit der Plattform unterstützen wir interessierte Kommunen beim Neubau und der Erweiterung bestehender Fernwärmenetze sowie deren Umstellung auf erneuerbare Energien."

Vor einigen Wochen startete bereits das sächsische Netzwerk in Stollberg/Erzgebirge. "Nach der Auftaktveranstaltung haben mehrere Gemeinden beschlossen, künftig auf Fernwärme zu setzen. Erste Beratungen haben bereits stattgefunden. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind", berichtet Rapp.

Deutschlands größte Freiflächen-Solarthermieanlage

Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB) besitzen viele Jahrzehnte Erfahrung im Einsatz von Fernwärme. Wie sich die Netze entwickelt haben und welche Vorteile, aber auch Herausforderungen der Einsatz von erneuerbaren Energien bedeuten, darüber berichteten Stadtwerke-Geschäftsführer Johannes Rager sowie Steffen Weeber aus dem Referat Stadtentwicklung, Klima und Internationales der Stadt Ludwigsburg. Im Rahmen des kommunalen Klimaschutz-Modellprojekts "Solar-Heat-Grid" entstand

von 2017 bis 2020 in Ludwigsburg Deutschlands bislang größte Freiflächen-Solarthermieanlage, die mit 1088 Kollektoren in das Ludwigsburger Fernwärmenetz eingebunden ist

"Die Solarthermieanlage läuft seit mehr als einem Jahr erfolgreich und ist wichtiger Baustein zur Umsetzung der Wärmewende", so Ragger. "Für das Klimaschutzmodellprojekt Solar-Heat-Grid wurden drei bestehende Inselnetze in das SWLB-Verbundnetz integriert. Hier greift zudem unsere Wärmestrategie, in der wir alle dezentralen Erzeugungsanlagen zu einem virtuellen Kraftwerk zusammenschließen. Insbesondere das Holzheizkraftwerk wird noch effizienter eingesetzt, denn Solarthermie und HHKW ergänzen sich ideal. Beide Komponenten sind Teil unseres Fernwärmeausbaukonzepts, worauf die kommunale Wärmeplanung optimal aufbauen kann. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen neben Gebieten, die für die Fernwärme geeignet sind, auch effiziente Versorgungsoptionen für andere Gebiete entwickeln."

Als Netzwerkpatin steht den Kommunen in Baden-Württemberg Stephanie Frick von der RBS Wave GmbH zur Verfügung. "Auf dem Weg zu einem ersten Wärmenetz stellen sich in einer Kommune oft viele Fragen. Wir bieten bei diesen wichtigen ersten Schritten Orientierung und begleiten die Verantwortlichen dabei, Projekte zu planen und beispielsweise Beschlussfassungen für das Gemeindeparlament vorzubereiten." Die Plattform Grüne Fernwärme diene außerdem der Vernetzung, so Frick. "Bei Interesse können wir den Kontakt zu Fachplanern und energiewirtschaftlichen Dienstleistern herstellen."

www.gruene-fernwaerme.de



Starteten das Netzwerk in Baden-Württemberg (v. l.): Rechtsanwalt Michael Köppl, Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung beim AGFW, Thomas Pauschinger, Ansprechpartner Baden-Württemberg beim AGFW, Netzwerkpatin Stephanie Frick, RBS Wave, Johannes Rager, Geschäftsführer der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim, sowie Steffen Weeber, Referat Stadtentwicklung, Klima und Internationales der Stadt Ludwigsburg

Quelle: AGFW





Netzwerkpatin Stephanie Frick im Gespräch

Über das Wie und Wozu des Netzwerkens sowie kommunale Wärmeplanung sprach die Redaktion der EUROHEAT&POWER mit Stephanie Frick von RBS Wave, die Patin des Netzwerks Baden-Württemberg der Plattform Grüne Fernwärme ist.

EHP: Die Auftaktveranstaltung des baden-württembergischen Netzwerks hat stattgefunden. Wie war der Start?

Frick: Unser Ziel für die Veranstaltung war es, das Netzwerk in einem kleinen Rahmen vorzustellen und so in den direkten und aktiven Austausch mit Kommunen zu kommen, welche das Thema Wärmenetze auf den Weg bringen bzw. noch forcierter angehen möchten. Mit Blick auf die rege Diskussion und die Vielzahl der angesprochenen Themen war es aus meiner Sicht ein sehr gelungener Auftakt.

EHP: Wie geht es jetzt weiter?

Frick: Im nächsten Schritt möchten wir mit ein oder zwei Kommunen konkret an der Umsetzung ihrer Wärmenetzvorhaben arbeiten. Zusammen mit dem AGFW verstehen wir uns dabei als Bindeglied, Ergänzung und Verstärkung der vorhandenen Ressourcen und Netzwerke. Parallel möchten wir im Netzwerk über unsere Aktivitäten informieren, um weiteren Kommunen Anregungen zu geben und Beispiele für die Umsetzung vor Ort aufzuzeigen. Langfristig sollen so ein Netzwerk und auch Patenschaften zwischen "Wärmenetz-erprobten" Kommunen, "Wärmenetz-Neulingen", Dienstleistern und Experten entstehen.

EHP: Sie haben die Patenschaft für dieses Netzwerk übernommen. Was ist Ihre Motivation?

Frick: Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein der Wärmewende. Dabei reicht es nicht, dass Wärmenetze nur in größeren Städten mit etablierten Versorgern und Stadtwerken weiterentwickelt werden. Auch in kleineren Kommunen besteht ein erhebliches Potenzial. Als Planer und kommunaler Partner sehen wir, dass immer mehr Kommunen großes Interesse daran haben, in puncto Wärmenetze aktiv zu werden. Für die Umsetzung von Wärmenetzen sind allerdings nicht nur technische Details zu bewerkstelligen, wo wir als Planer natürlich sehr gut unterstützen können. Es sind auch viele administrative und organisatorische Fragen zu klären, und letztlich muss auch die Bevölkerung begeistert und überzeugt werden. Dazu braucht es viele Hände und verschiedene Köpfe, die gut zusammenarbeiten - ein funktionierendes, tatkräftiges und interdisziplinäres Netzwerk also.

EHP: Inwiefern kann RBS Wave Kommunen, die auf grüne Fernwärme setzen möchten, eine konkrete Orientierungshilfe geben?

Frick: Im ersten Schritt ist die lokale Bestandsaufnahme wichtig: Welche Ideen, Projektansätze und Akteure gibt es? Welche Informationen und Ressourcen sind vorhanden? Im nächsten Schritt stellt sich die Frage, welche Kompetenzen die Kommune langfristig selbst aufbauen möchte und welche Leistungen kommunal, d. h. beispielsweise auch durch ein eigenes Stadtwerk, erbracht werden sollen. Auf dieser Basis lässt sich dann ein konkreter Fahrplan ableiten, der nicht nur aufzeigt, was zu tun ist, sondern auch von wem.

EHP: Die Bundesregierung will die kommunale Wärmeplanung gesetzlich



Stephanie Frick von RBS Wave ist Patin des Netzwerks Baden-Württemberg Quelle: RBS Wave

verankern; in Baden-Württemberg ist diese bereits Pflicht. Welche Erfahrungen haben Sie mit der kommunalen Wärmeplanung?

Frick: Die kommunale Wärmeplanung wird von vielen Kommunen unser Einschätzung nach sehr gut angenommen, da durch die gesetzlichen und organisatorischen Randbedingungen die Möglichkeit besteht, dass iede Kommune und jeder kommunale Konvoi zusätzlich zum Pflichtteil eigene Schwerpunkte setzen und so auf die lokalen Gegebenheiten und Besonderheiten eingehen kann, seien es städtebauliche Strukturen, geplante Infrastrukturmaßnahmen, kommunale Entscheidungswege sowie die zu beteiligenden Akteure. Aus der Pflicht können so auch Mehrwerte für jede Kommune entstehen. Diese gemeinsam mit der Kommune zu erkennen und die kommunale Wärmeplanung dahingehend auszurichten, ist uns ein wichtiges Anliegen in unseren laufenden Wärmeplanungsprojekten.

EHP: Vielen Dank für das Gespräch. www.gruene-fernwaerme.de



Erste Projekte in Sachsen laufen an

Das westsächsische Netzwerk der Plattform Grüne Fernwärme ist im September 2021 mit einer Auftaktveranstaltung in Stollberg gestartet – und zeigt bereits erste Erfolge. Gemeinden aus der Region, die sich darüber informiert hatten, wie der Weg zur kommunalen Wärmewende mit verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestaltet werden kann, hatten sich nach der Veranstaltung gemeldet und stoßen nun Projekte an.

So wird in Ehrenfriedersdorf bereits durch einen privaten Investor Grubenwasser einer stillgelegten Zinnerzgrube für die Wärmeversorgung genutzt. Die Kommune möchte dies ausbauen und bereitet mit Unterstützung der Plattform Grüne Fernwärme einen Förderantrag bei der KfW vor. Der Verkauf der Wärme ist bereits gestartet und stößt auf reges Interesse – vor allem seitens der Wohnungswirtschaft.

Bad Muskau in der Oberlausitz verfügt über geothermisches Potenzial. Die Bad Muskauer Sole ist mit 1586 m die tiefste und mit 44 °C die heißeste Thermalsoleförderung in Sachsen. Das Heilwasser soll jetzt nicht länger ausschließlich für die Förderung der Gesundheit genutzt werden, sondern auch für die Wärmeversorgung zum Einsatz kommen. Dafür laufen derzeit Voruntersuchungen für einen KfW-Antrag.

"Die Gemeinden sind nach der Auftaktveranstaltung auf uns zugekommen, weil sie künftig auf Fernwärme setzen möchten", berichtet Rechtsanwalt Michael Köppl, der jahrelang im sächsischen Innenministerium für den Bereich Stadtentwicklung tätig war und sich bei der Plattform Grüne Fernwärme engagiert. Bei den Kommunen bestehe Handlungsbedarf angesichts der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz.

Urteil hat auch Folgen für Kommunen

"Die überraschend weitgreifende Entscheidung besagt im Kern, dass bereits heute darauf geachtet wer-

den muss, dass nicht künftige Generationen durch Schädigungen der Umwelt, vor allem durch die CO₂-Belastung, erheblich beeinträchtigt werden", so der Rechtsanwalt "Bereits heute müssen nachhaltig wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern oder zumindest zu kompensieren. Dies kann von jedem einzelnen auch eingeklagt werden."

Zwar hat die Bundesregierung aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Zielvorgaben geändert, kaum eine Gemeinde sei sich indes bewusst, dass diese Entscheidung aber auch Folgen für ihr tägliches Handeln haben kann, so Köppl. "Es betrifft vor allem die Bauleitplanung. Den Kommunen ist wohl eher nicht klar, dass hier eine intensive Auseinandersetzung auch mit der Treibhausgasthematik gefordert ist." In ihren Veranstaltungen geht die Plattform Grüne Fernwärme deshalb genau auch auf diese Thematik ein und berät dahingehend. www.gruene-fernwaerme.de



Die Auftaktveranstaltung des westsächsischen Netzwerks in Stollberg war erfolgreich: Bei zwei Kommunen, die sich anschließend gemeldet hatten, laufen jetzt Projekte an Quelle: AGFW







Freuen sich über einen erfolgreichen Start des Netzwerks Hessen (v. l.): Harald Rapp, AGFW, Dr. Bernhard Müller, Geschäftsführer der Stadtwerke Marburg, Nadine Bernshausen, Bürgermeisterin und Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Marburg, Netzwerkpate Alexander Sauer, Stadtwerke Marburg, Rechtsanwalt Michael Köppl, AGFW-Geschäftsführer Werner R. Lutsch sowie Matthias Funk, Stadtwerke Gießen

Start des Netzwerks Hessen in Marburg

Um Kommunen auf dem Weg zur Wärmewende Orientierung zu bieten, hat der AGFW die "Plattform Grüne Fernwärme" ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Paten vor Ort – Kommunen und Stadtwerken, die Erfahrung im Betrieb von Wärmenetzen haben – erhalten Bürgermeister und Dezernenten wichtige Impulse für die kommunale Wärmeplanung und die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Mitte Mai startete das hessische Netzwerk der Plattform in Marburg.

Pate für dieses und somit Ansprechpartner für interessierte Kommunen ist Alexander Sauer von den Stadtwerken Marburg. In der Universitätsstadt existiert bereits seit vielen Jahren ein innerstädtisches Wärmenetz. Gemeinsam mit Matthias Funk von den Stadtwerken in Gießen vermittelte er den Teilnehmern wichtige Eindrücke und Handlungsansätze.

"Die Plattform stellt Verbindungen her, bietet Wissensangebote und schafft somit Orientierung", so AGFW-Geschäftsführer Werner R. Lutsch. Im Rahmen einer Folgeveranstaltung soll es in den unter-

schiedlichen Regionen noch konkreter werden. Die beteiligten Kommunen erhalten dann weitere Informationen zu möglichen Fördermitteln und fachliche Unterstützung zur Vorbereitung von Beschlussfassungen in ihren kommunalen Gremien.

"Die Rückmeldung der Teilnehmer und das große Interesse zeigen uns, dass wir mit der Plattform auf dem richtigen Weg sind", erklärt Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW und Projektleiter der Plattform Grüne Fernwärme. "Jetzt gilt es, in weiteren Bundesländern ebenfalls Angebote

zu schaffen. Besonders freut uns der enge Austausch mit weiteren wichtigen Akteuren wie den Landesenergieagenturen. Das ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. In Sachsen und Thüringen sind die dortigen Energieagenturen bereits ebenfalls in die Aktionen eingebunden. Es gibt sehr viele Kommunen in Deutschland, und sie alle stehen vor der Herausforderung, ihre Energie- und Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien klimaneutral aufzustellen. Hier ist die Vernetzung mit erfahrenen Ansprechpartnern sehr hilfreich." www.gruene-fernwaerme.de



Bei der Auftaktveranstaltung des Netzwerks Hessen erhielten die Teilnehmer wichtige Informationen zur grünen Fernwärme Quelle: AGFW



Netzwerkpate Rico Bolduan im Gespräch

Wie ist die Situation in Thüringen? Wie können die Ziele des Bundeslands erreicht werden? Das fragte die Redaktion der EUROHEAT&-POWER Rico Bolduan. Geschäftsführer der TWS Thüringer Wärme Service GmbH, der Pate des Netzwerks Thüringen der Plattform Grüne Fernwärme ist.



Rico Bolduan ist Pate des Netzwerks Thüringen Quelle: TWS

EHP: Thüringen gehört im Vergleich zu anderen Bundesländern zur Spitzengruppe hinsichtlich der leitungsgebundenen Wärmeversorgung und des Ausbaus der Erzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger. Provokant gefragt: Benötigt Thüringen überhaupt die Plattform Grüne Fernwärme?

Bolduan: Provokant geantwortet: Ja! In der leitungsgebundenen Wärmeversorgung schlummern einige Potenziale. Neben dem Harmonisieren von Verbrauchsprofilen, was letztlich die Grundlage einer effizienten Wärmeerzeugung ist, ist die Einbindung erneuerbarer Energien ein nennenswerter Vorteil. Ein Wärmenetz auf erneuerbare Energien umzustellen, ist am Ende einfacher und auch günstiger, als die Summe von Einzelversorgungslösungen. Die Plattform Grüne Fernwärme ist hier ein super Weg, diese Erkenntnis in die Kommunen zu tragen und gegebenenfalls Ängste und vielleicht auch das ein oder andere Vorurteil abzubauen.

EHP: Bis 2030 sollen in Thüringen 25 % des Wärmebedarfs im Gebäudebestand durch erneuerbare Energien gedeckt werden, bis 2050 soll die Wärmeversorgung klimaneutral werden. Ist das zu schaffen? Wenn ja, wie?

Bolduan: Wenn ich nicht daran glauben würde, dass wir diese Ziele schaffen können, bräuchte ich wahrscheinlich morgens nicht aufstehen und zur Arbeit gehen. Ich bin der Meinung, es braucht einen gesunden Mix. Technische Lösungen gibt es; diese sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar anzuwenden. ist unsere Aufgabe als Energieversorger. Ich sehe zukünftig eine Struktur, die CO2-neutrale Wärmenetze in Gebieten mit dichter Bebauung, dezentrale Quartierslösungen und dort, wo es nicht anders geht, auch Einzelversorgungslösungen enthält. Gleichzeitig ist die Sanierung des Gebäudebestands weiter fortzuführen und auch durch attraktive Förderungen zu unterstützen

EHP: Warum haben Sie die Patenschaft für das Netzwerk Thüringen der Plattform Grüne Fernwärme übernommen?

Bolduan: Als wir gefragt wurden, ob wir uns eine Patenschaft vorstellen können, musste ich nicht lange überlegen. Der Zweck, der Gedanke und die Gestaltung der Plattform passen zu unseren Tätigkeiten und zu unserer Überzeugung. Der AGFW hat mit der Anfrage offene Türen eingerannt.

EHP: Inwiefern kann die TWS Thüringer Wärme Service GmbH Kommunen, die auf grüne Fernwärme setzen möchten, eine konkrete Orientierungshilfe geben?

Bolduan: Die TWS macht seit fast 100 Jahren Wärme. In welcher Form und Art auch immer. Wir haben den Wandel der Zeit bereits mehrfach durchlaufen und verschiedenste Aufgaben und Herausforderungen gemeistert. Dieses Know-how stellen wir gern zur Verfügung. Eine konkrete Orientierungshilfe zu geben, ist nicht ganz einfach. Bestehende Wärmenetze sollten zunächst bezüglich ihrer Verbraucherstrukturen untersucht werden. Vor allem eine mögliche Absenkung der Netztemperaturen öffnet den Weg, erneuerbare Energie wirtschaftlich und technisch sinnvoll einzubringen. Bei der Neuplanung von Wärmenetzen liegt der Fokus ebenfalls auf der zukünftigen Verbraucherstruktur und den örtlich nutzbaren Ressourcen. Hier muss zum Teil sehr individuell geplant werden. Hierbei unterstützen wir sehr gerne.

EHP: Auch in Thüringen wird es eine Auftaktveranstaltung des Netzwerks geben. Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich?

Bolduan: Ich hoffe zunächst auf reges Interesse, viele Teilnehmer und einen fruchtbaren Austausch. Ich denke, die Zeit war nie reifer, um sich diesem Thema zu widmen, und wenn im Anschluss an die Auftaktveranstaltungen schon die ersten Ideen und vielleicht sogar konkrete Vorhaben besprochen werden können, ist der erste und -in meinen Augen – auch wichtigste Schritt gemacht.

EHP: Vielen Dank für das Gespräch. www.gruene-fernwaerme.de







Der Olbersdorfer Bürgermeister Andreas Förster (4. v. l.) und Karsten Hummel (5. v. l.), Geschäftsführer der WVO Wärmeversorgungsgesellschaft Olbersdorf, mit den Teilnehmern der Auftaktveranstaltung

Plattform startet Netzwerk Ostsachsen

Das ostsächsische Netzwerk der Plattform Grüne Fernwärme startete Ende Mai in Olbersdorf. Wo die Herausforderungen für Kommunen liegen und wie diese im Einzelnen gelöst werden können, darüber berichteten den Teilnehmern der Olbersdorfer Bürgermeister Andreas Förster sowie Karsten Hummel, Netzwerkpate für Ostsachsen und Geschäftsführer der WVO Wärmeversorgungsgesellschaft Olbersdorf mbH. Impulse zu den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen lieferten Uwe Kluge von der Sächsischen Energieagentur Saena sowie Rechtsanwalt und Ministerialrat a. D. Michael Köppl.

"Bereits frühzeitig, im Sommer 2015, hat der Gemeinderat Olbersdorf einstimmig das Fundament gelegt, um sich auf den Weg hin zu einer klimaneutralen Gemeinde zu begeben", so Förster. "Mit der Beschlussfassung zur Umsetzung des "Gebietsbezogenen Integrierten Handlungskonzeptes' möchte die Gemeinde Olbersdorf ihren Beitrag zur ressourcenschonenden Energiebereitstellung und Energienutzung leisten. Sieben Jahre später können wir bereits stolz auf die ersten fertiggestellten Maßnahmen zurückblicken.

"Wichtig zu erwähnen scheint vor allem der zunächst kritisch diskutierte Ausbau der Fernwärme, die Erneuerung der Straßenbeleuchtung und die Umstellung auf LED, aber eben auch die energetische Sanierung des Integrativen Kinderhauses "Spielkiste" durch Einbau eines Wärmedämmverbundsystems und Dachbegrünung", so der Bürgermeister weiter. "Im Ergebnis aller Maßnahmen soll nicht nur eine CO₂-Einsparung erreicht werden, sondern im Hinblick auf die demographische Entwicklung



Welchen Weg Olbersdorf eingeschlagen hat, um eine klimaneutrale Gemeinde zu werden, erläuterte deren Bürgermeister Andreas Förster Quelle: AGFW



strukturelle Problemlagen beseitigt, die Attraktivität der Gemeinde im Sinne des Miteinanders junger und älterer Generationen gesteigert und eine nachhaltige Entwicklung gesichert werden."

Für Harald Rapp, AGFW-Bereichsleiter Stadtentwicklung, ist es wichtig, genau auf diese Bedürfnisse von Städten und Gemeinden einzugehen. "Das Gelingen der Wärmewende entscheidet sich in den Kommunen vor Ort. Dafür müssen die richtigen energiepolitischen Weichen auf allen Ebenen gestellt wer-

den. Wir dürfen diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die mit ihrem Engagement vor Ort dafür sorgen, dass Deutschland seine Klimaziele auch tatsächlich erreicht. Die Herausforderungen – gerade für kleinere Kommunen – sind immens. Wir sind daher unseren Paten sehr dankbar, dass sie das erworbene Wissen in ihre Heimatregionen weitergeben und andere Bürgermeister und Stadtwerke in die Lage versetzen, die Dekarbonisierung ihrer Wärmeversorgung voranzutreiben."

In diesem Kontext sieht Rapp auch die Aktivitäten der Sächsischen Energieagentur Saena, mit der der AGFW nun eine intensivere Partnerschaft geschlossen hat. "Wir sollten alle Aktivitäten bündeln und die Schlagzahl weiter erhöhen, um den Kommunen bestmögliche Orientierung auf dem Weg zur Wärmewende zu geben. Unsere Plattform Grüne Fernwärme kann hier einen Beitrag leisten. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch und die Partnerschaft mit der Saena."

Saena und AGFW schließen Partnerschaft



schäftsführer der Sächsischen Energieagentur Saena, bei der Unterzeichnung der Partnerschaft Quelle: AGFW

Um die kommunale Wärmewende in Sachsen weiter voranzubringen, haben der AGFW und die Sächsische Energieagentur Saena eine Partnerschaft vereinbart. Mit einer vertieften fachlichen Zusammenarbeit und gemeinsamen Veranstaltungen wollen sie ihre Schlagkraft erhöhen.

Vor allem die kommunalen Wärmepläne mit der Dekarbonisierung und Transformation der Wärmenetze stehen im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten. "Wir schätzen die Arbeit der Sächsischen Energieagentur Saena sehr", so AGFW-Geschäftsführer Werner R. Lutsch. "Die Kommunen brauchen vor Ort qualifizierte Experten, die sie gezielt beraten und beispielsweise bei der Akquise von Fördermitteln unterstützen können. Mit unserer Plattform Grüne Fernwärme bieten wir eine zusätzliche Hilfestellung und Orientierung an. Das Netzwerk und der

Austausch mit anderen Bürgermeistern und Dezernenten, aber auch mit unseren regionalen Paten, die bereits Erfahrung im Einsatz von Wärmenetzen haben, kommen bei den Teilnehmern bisher gut an. Wir freuen uns daher sehr über die verstärkte Zusammenarbeit mit der Saena und werden diese Form der Partnerschaft mit Landesenergieagenturen auch in anderen Bundesländern vorantreiben."

"Eine nachhaltige Wärmeversorgung muss aus unserer Sicht sowohl preisstabil und CO2-arm, als auch mit möglichst hoher regionaler Wertschöpfung verbunden sein", so Dr. Tilman Werner, Geschäftsführer der Saena. "Diese große Herausforderung in den nächsten Jahren in Sachsen und anderen Bundesländern in die Realität umzusetzen. erfordert die enge Zusammenarbeit von erfahrenen Wissensträgern und vielen engagierten Mitstreitern. Die Plattform Grüne Fernwärme gibt der Saena die Möglichkeit, durch die Partnerschaft mit dem AGFW noch besser konkrete Projekte in Sachsen fachlich zu unterstützen und von praktischen Erfahrungen bundesweit zu profitieren."



Auftakt für Netzwerk Thüringen

Wie die Erzeugung von Fernwärme konkret abläuft und wie Städte und Gemeinden damit versorgt werden können, das erfuhren kommunale Vertreter Ende Juni im thüringischen Waltershausen im Landkreis Gotha. Dort fand die Auftaktveranstaltung des Netzwerks Thüringen der Plattform Grüne Fernwärme statt

Pate für Thüringen ist Rico Bolduan, Geschäftsführer der TWS Thüringer Wärme Service GmbH. Für ihn ist die Weitergabe des erworbenen Fernwärme-Know-hows ein zentraler Antrieb. "Viele Kommunen fragen sich derzeit, wie sie ihre Wärmeversorgung klimaneutral aufstellen können", so Bolduan. "Neben der Art der erneuerbaren Energien und ihrer Besonderheiten steht dabei auch oft die Frage nach möglichen Fördermitteln und den rechtlichen Rahmenbedingungen im Raum. Genau darauf können wir im Rahmen unseres Netzwerks Antworten liefern und eine erste Orientierung geben, wie der Weg zu einer dekarbonisierten Fernwärmeversorgung aussehen kann."

Neben der Vermittlung von Wissen stand auch ein Vor-Ort-Besuch auf dem Plan. Die Teilnehmer besichtigten nach der Veranstaltung gemeinsam das nahegelegene Heizkraftwerk Waltershausen-Ibenhain. Dort werden mit einem Blockheizkraftwerk mit Wärmespeicher samt Spitzenlastkessel und Wärmepumpe jährlich 9000 MWh Fernwärme und 5000 MWh Strom erzeugt.

Für die Vertreter aus den Kommunen bot sich so die Möglichkeit, die hocheffiziente Methode der Kraft-Wärme-Kopplung einmal "live" zu sehen und mit den Mitarbeitenden vor Ort über ihre Betriebserfahrung und die weiteren Ausbaupläne zur Integration erneuerbarer Energien vor Ort zu sprechen. Das Fernwärmenetz wird von der Energiever-

sorgung Inselsberg GmbH betrieben, die Erzeugungsanlage von der Thüringer Energie AG.

Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW, dankte der TWS und allen Beteiligten für die Einblicke und Impulse: "Aus unserer jahrelangen Tätigkeit heraus wissen wir, dass sich die Wärmewende vor Ort in den Kommunen entscheidet. Hier müssen die handelnden

Akteure die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten kennen. Sie müssen abschätzen können, wie sie ihre regionalen Gegebenheiten am besten nutzen können und welche Art der Wärmeversorgung sie auf dem Weg zur Klimaneutralität weiterbringt. Im Rahmen unserer Plattform Grüne Fernwärme wollen wir sie mit diesem Wissen ausstatten." www.gruene-fernwaerme.de



In Waltershausen im Landkreis Gotha fand die Auftaktveranstaltung des Netzwerks Thüringen statt, in deren Rahmen auch das nahegelegene Heizkraftwerk besichtigt wurde Quelle: AGFW



Die Teilnehmer des Netzwerktreffens erhielten Einblick in die Erzeugung von Fernwärme Quelle: AGFW



Thega und AGFW schließen Partnerschaft

AGFW und Thega haben eine Partnerschaft geschlossen, um gemeinsam die Aktivitäten der vom AGFW ins Leben gerufenen "Plattform Grüne Fernwärme" in Thüringen auszuweiten. Ziel ist es, Kommunen bei den Herausforderungen der Wärmewende zu unterstützen.

"Wir wollen auch in Thüringen unsere Schlagkraft in Sachen kommunaler Wärmewende erhöhen und freuen uns über die Zusammenarbeit mit der Thega", erklärt Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW und Initiator der Plattform Grüne Fernwärme.

"Das Erweitern und Schaffen von neuen Wärmenetzen sowie die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien haben für Thüringen einen sehr hohen Stellenwert, da es nicht überall möglich sein wird, dezentrale Heizungsanlagen auf Wärmepumpen umzustellen", sagt Thega-Geschäftsführer Prof. Dieter Sell. "Deshalb ist die Plattform 'Grüne Fernwärme' insbesondere für Thüringer Wärmeversorger und die Thega ein wichtiges Instrument für das Umsetzen solcher Projekte."



Freuen sich über die Partnerschaft (v. l.): Thomas Wahlbuhl, Projektleiter Energieeffizienz in Kommunen, Thega; Michael Köppl, AGFW; Thega-Geschäftsführerin Sabine Wosche; Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung AGFW; Thega-Geschäftsführer Prof. Dieter Sell; Rico Bolduan, Geschäftsführer TWS Thüringer Wärme Service

Kern der Aktivitäten sei die qualifizierte fachliche Unterstützung von Kommunen, die sich für eine Versorgung mit grüner Fernwärme interessieren. Hier spiele vor allem die kommunale Wärmeplanung eine wichtige Rolle, so Rapp. "Die Thega leistet seit vielen Jahren hervorra-

gende Arbeit in der Beratung der Kommunen vor Ort. Bürgermeister und Verwaltungen benötigen bei diesen Fragen qualifizierte Experten, die sie gezielt beraten und z. B. bei der Akquise von Fördermitteln unterstützen können."



Plattform startet bayrisches Netzwerk in Rosenheim

In Rosenheim ist Mitte Juli das bayrische Netzwerk der Plattform Grüne Fernwärme gestartet. Ansprechpartner für interessierte Kommunen in Bayern sind die Stadtwerke Rosenheim sowie die Erdwärme Grünwald.

Handlungsdruck für die Kommunen entstehe derzeit u. a. durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, erklärte Rechtsanwalt Michael Köppl den anwesenden Bürgermeistern aus der Region. Dieses sehe weitreichende Klagebefugnisse für Bürger im Bereich Klimaschutz vor. Städte und Gemeinden müssten künftig bei jeder ihrer Handlungen prüfen, ob eine klimafreundlichere Alternative bestehe. Im Bereich der Wärmeversorgung könnten kommunale Wärmepläne helfen, sich ein Bild der lokalen Gegebenheiten zu verschaffen. Der AGFW erarbeitet gerade eine Orientierungshilfe zu diesem Thema, die Kommunen bei der Erstellung von Wärmeplänen unterstützen soll.

Rosenheimer Modell

Erfahrungen auf dem Gebiet der Fernwärmeversorgung haben die Stadtwerke Rosenheim seit vielen Jahren. Im Rahmen der Plattform Grüne Fernwärme geben sie dieses Wissen an interessierte Kommunen und Stadtwerke aus der Region weiter

"Wir wollen damit zu einem schnelleren Gelingen der Wärmewende in den bayrischen Kommunen beitragen. Nicht jede Gemeinde muss das Rad neu erfinden. Wir helfen bei einer ersten Orientierung, worauf bei der Versorgung mit Fernwärme zu achten ist", so Heiko Peckmann, Bereichsleiter technische Dienste und Energiemarkt bei den Stadtwerken Rosenheim und Pate des bayrischen Netzwerks.

Gemeinsam mit Geschäftsführer Dr. Götz Brühl und Projektleiter Philipp Mend erläuterte er das "Rosenheimer Modell". Aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz wird ein brennbares Gas gewonnen, das mit hoher Effizienz in modernen Gasmotoren Strom und Wärme erzeugt.

Orientierungshilfe für Kommunen

Das Fazit der ersten Veranstaltungen von Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung beim AGFW und Initiator der Plattform, fällt sehr positiv aus: "Das große Interesse der Teilnehmer hier in Rosenheim sowie die Erfolge in Sachsen, Baden-Württemberg, Thüringen und Hessen sind für uns die beste Bestätigung. Gemeinsam mit den Landesenergieagenturen und weiteren Partnern stehen wir mit unserem Know-how als Sparringspartner zur Verfügung. Die Bürgermeister und Dezernenten haben derzeit sehr viele Aufgaben vor der Brust. Wir stehen im Bereich der klimaschonenden Wärmeversorgung gerne als Experten bereit."



Im Rahmen der Plattform Grüne Fernwärme geben die Stadtwerke Rosenheim ihr Wissen weiter: Geschäftsführer
Dr. Götz Brühl erläutert das "Rosenheimer Modell", das auf dem nachwachsenden Rohstoff Holz basiert

Quelle: AGFW



Bürgermeister informierten sich über Geothermie

Im Rahmen seiner "Plattform Grüne Fernwärme" hat der AGFW ein weiteres regionales Netzwerk gestartet. Diesmal zu Gast: Über 30 Bürgermeister und Unternehmen aus der Region Grünwald bei München sowie Vertreter des Landkreises. Gemeinsam mit weiteren Experten stellte Netzwerkpate Andreas Lederle. Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, den Entscheidungsträgern Wege zur kommunalen Wärmewende vor. Im Fokus: grüne Fernwärme aus Tiefengeothermie. Im Anschluss besichtigten die Teilnehmer das Geothermieheizkraftwerk Laufzorn in Oberhaching.

"Wir freuen uns sehr über den großen Zuspruch aus der Region. Mit der Veranstaltung scheinen wir den richtigen Nerv getroffen zu haben", erklärt Lederle. Mehrere Kommunen hätten im Anschluss Interesse an einer weitergehenden Orientierung bekundet. "Wir haben in den vergangenen Jahren sehr gute Erfahrungen mit grüner Fernwärme aus Tiefengeothermie gemacht. Das gesammelte Wissen geben wir gerne weiter, um auch anderen Städten und Gemeinden aus der Region Wege zur Klimaneutralität zu zeigen. Gerade die jüngsten geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zeigen, dass erneuerbare Energien wie die Tiefengeothermie die Zukunft sind. Gerade hier im Münchner Raum, wo wir diesen Bodenschatz zur Verfügung haben. Innerhalb der letzten zehn Jahre seit Fertigstellung der Anlage in Laufzorn konnte nun Grünwald zu fast 75 % mit dieser regenerativen Energieform versorgt werden. Lokal, kostengünstig und 365 Tage im Jahr verfügbar."

Plattform soll helfen, regionale Potenziale zu heben

"Ziel der Plattform Grüne Fernwärme ist genau dieser Wissenstransfer", erläutert Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung des AGFW und Initiator der Plattform. "Es gibt für das Erreichen der Klimaziele nicht die eine Technologie

für ganz Deutschland, sondern regional unterschiedliche Antworten. Mit unserem regionalen Ansatz und den 'Paten vor Ort', die das entsprechende Know-how einbringen, vernetzen wir die Akteure, geben Orientierung und beziehen Partner mit ein." Dazu zählten u. a. Energieagenturen, sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene.

"Mit der Energieagentur Ebersberg-München haben wir in der Region einen starken Partner, der den Kommunen seit vielen Jahren zur Seite steht", so Rapp. "Weitere Institutionen wie die Geothermie-Allianz Bayern der TU München sowie die Initiative Wärmewende durch Geothermie beziehen wir aktiv mit ein. Nur gemeinsam können wir die Kommunen so gut unterstützen, dass sie die für ihre jeweiligen lokalen Bedingungen bestmögliche Lösung finden. Dazu zählen auch Gemeinschaftslösungen auf Landkreisebene sowie die Vernetzungen mit Lösungen aus den anderen Netzwerksregionen." www.gruene-fernwaerme.de



Netzwerkpate Andreas Lederle (I.) erläutert den Teilnehmern der Auftaktveranstaltung der Plattform Grüne Fernwärme in Oberhaching das Geothermieheizkraftwerk Laufzorn Quelle: Laufkötter



Hier entsteht arüne Fernwärme: Geothermieheizkraftwerk Laufzorn in Oberhaching Quelle: AGFW





Bundesverfassungsgerichtsurteil hat Folgen für Kommunen

Das Bundesverfassungsgericht hat aus Anlass mehrerer Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz des Bundes dieses für verfassungswidrig erklärt. Diese zum Klimaschutzgesetz am 24. März 2021 ergangene Entscheidung scheint sich auf den ersten Blick in die vielen Entscheidungen einzureihen, die Gesetze ganz oder teilweise für verfassungswidrig eingestuft haben.

Betrachtet man indes die Struktur der Entscheidung und die dazu vorliegende Begründung hat dieser Beschluss eine Brisanz, die in ihren praktischen Auswirkungen bisher offenbar noch gar nicht richtig erfasst worden ist. Im Gegenteil: Bund, Länder und Gemeinden scheinen faktisch die Überlegungen des Verfassungsgerichts zu ignorieren.

Das Gericht hat seine Überlegungen auf Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz, also ein Grundrecht, gestützt. Der dort fixierte Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit schließt den Schutz vor Beeinträchtigung grundrechtlicher Schutzgüter durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Es bestehe eine Schutzpflicht des Staates, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Und diese Schutzverpflichtung kann auch in Bezug auf künftige Generationen bestehen.

Der gleichfalls mit herangezogene Art. 20a Grundgesetz verpflichtet den Staat direkt zum Klimaschutz und damit zur Herstellung von Klimaneutralität. Dieser Verfassungsartikel bestimmt zwar keinen Vorrang des Klimaschutzes gegenüber anderen Belangen; jedoch nimmt das relative Gewicht des Klimaschutzgebots in der Abwägung (bei allen Entscheidungen

von an das Grundgesetz gebundene Stellen) bei fortschreitendem Klimawandel weiter zu.

In seinen Überlegungen führt das Verfassungsgericht weiter aus: Die Grundrechte verpflichten den Staat, bei allen Entscheidungen die Klimaneutralität zu beachten und die CO₂-Reduktionslasten zwischen den Generationen gerecht zu verteilen. Die Schonung künftiger

Freiheit verlangt auch, den Übergang zur Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Die Schutzpflichten des Staates greifen damit bereits heute ein und nicht erst später, wenn nur noch eine Schadensbegrenzung möglich ist.

Daraus ist die Folgerung zu ziehen, dass bei allen Entscheidungen öffentlicher Stellen, die Auswirkungen auf die Entstehung von CO₂ haben, diese so auszugestalten sind, dass so wenig CO₂ wie möglich entsteht. Wie

ausgeführt gelten diese Überlegungen für alle an das Grundgesetz gebundene Stellen, also Bund, Land, Landkreise und Gemeinden.

Aus diesen Erwägungen heraus folgte fast zwangsläufig eine weitere weitreichende Aussage des Verfassungsgerichts: Werden heute CO₂-Emissionen zugelassen, die in der Zukunft möglicherweise zu starken Einschränkungen der grundrechtlich umfassend geschützten Freiheit aus Art. 2 Grundgesetz führen, so können natürliche Personen dagegen vorgehen.

Denn eben jede Person kann die Verletzung einer grundgesetzlich bestehenden Schutzpflicht gerichtlich überprüfen lassen. Für die Gemeinden besteht damit die Verpflichtung, sich auch für den Bereich der Versorgung der Bürger mit Wärme mit der Zielstellung Klimaneutralität und Reduktion der CO₂-Belastung aktiv auseinanderzusetzen. Zum Beispiel für die Abwägung zu jeder Bauleitplanung ist die Frage zu stellen, wie kann die CO₂-Belastung durch die neu vorgesehene Bebauung/Nutzung so



Rechtsanwalt Michael Köppl informiert Teilnehmern einer Auftaktveranstaltung der Plattform Grüne Fernwärme über die bedeutung des Bundesverfassungsgerichtsurteils Quelle: Laufkötter

weit wie möglich reduziert werden. Findet das nicht umfassend statt, können die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätze von jedem Bürger eingeklagt werden.

Als Grundlage und Dokumentation für ihre Auseinandersetzung mit der Klimaneutralität im Bereich der Wärmeversorgung sind die Gemeinden gut beraten, auch ohne Vorgaben durch den Gesetzgeber eine informelle, kommunale Wärmeplanung als Bestandteil ihres Stadtentwicklungskonzepts vorzunehmen.

Rechtsanwalt Michael Köppl, Ministerialrat a.D. des Sächsischen Innenministeriums

Das Netzwerk





